

Solingen 31.01.2017

+++ PRESSEMITTEILUNG +++

Studie belegt - erschreckende Zahlen zu Übergriffen auf Rettungskräfte

Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft und Berufsverband Feuerwehr fordern sofortige Maßnahmen

Eine kürzlich veröffentlichte Dissertation von Frau Dr. Janina Lara Dressler, die sich mit Angriffen auf Rettungskräfte von Feuerwehren in den Metropolregionen Hamburg, Berlin, Köln und München befasst, liefert erstmalig belegbare Zahlen, die das Ausmaß von Gewalt gegen Retter aufzeigt.

Hierzu wurden 1500 Feuerwehrfrauen und-männer befragt, die von rund 4300 Straftaten berichten konnten. Beleidigungen und Bespucken, als vermeintlich harmlose Erscheinungen in diesem Zusammenhang, wurden hierbei erst gar nicht betrachtet.

So heißt es in der angeführten Studie, dass bei den befragten Feuerwehrleuten in Hamburg und Berlin jede Kollegin bzw. jeder Kollege ca. 3,3 mal, in Köln ca. 2,7 und selbst in München ca. 1,8 mal im Jahr angegriffen wurde.

Diese Zahlen kann man nicht einfach auf die ca. 30.000 hauptamtlichen Feuerwehrleute in Deutschland hochrechnen, aber sie können durchaus als Anhaltspunkt für die eigene Sicherheitslage der Rettungskräfte dienen.





Auch zeigt sich, dass nur ein kleiner Teil, nämlich nur rund 18 Prozent der Einsatzkräfte, gut vorbereitet in den Einsatz geschickt werden. In vorbeugenden Maßnahmen, wie Deeskalation und Selbstverteidigung, sind leider die wenigsten Kolleginnen und Kollegen geschult.

Insgesamt zeigt sich, dass knapp 80 Prozent der Befragten Feuerwehrleute das Gefühl haben, die körperliche Gewalt gegen Rettungskräfte nehme zu.

Jetzt ist die Politik, und vor allem die Dienstherren in Bund, Ländern und Kommunen gefragt, und müssen sich ihrer Verantwortung stellen. Jeder Angriff auf eine Einsatzkraft, gleich welcher Art, ist auch ein Angriff auf den Staat.

Deshalb fordern die Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft und der Berufsverband Feuerwehr:

- Eine standardisierte Datenerfassung und Auswertung der Übergriffe
- Der Dienstherr muss bei bekannt werden einer Straftat zwingend Anzeige erstatten
- Die Staatsanwaltschaft muss konsequent gegen die Täter vorgehen
- Bundeseinheitliche und flächendeckende Ausbildung der Rettungskräfte in:
 - Deeskalation
 - Selbstverteidigung
 - Eigenschutz bei Amok- u. Terrorlagen
- Der Dienstherr muss den Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit eines passiven Eigenschutzes, durch Stich- und Ballistik-Westen, bereitstellen.





Für Rückfragen zu dieser Presseerklärung wenden Sie sich bitte an:

für die Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft - DFeuG

Tobias Thiele, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, unter t.thiele@dfaug.de oder
0171- 3033440

Swen Kalowsky, stellv. Bundesvorsitzender, unter s.kalowsky@dfaug.de oder
0163- 4513068

für den Berufsverband Feuerwehr – BvFw

Daniel Dahlke, stellv. Vorsitzender, unter danieldahlke@bv-feuerwehr.eu oder 0176
49872563

